

Posener Zeitung
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17.
Hr. Ad. Hösch, Hofflieferant,
G. Gerber- u. Breitkopf, Ede,
Otto Nitsch, in Firma
J. Jermann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Mr. 69

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 450 M. für die Stadt Posen, 545 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstelle
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Freitag, 27. Januar.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Amonen-Expeditionen
Hr. Poß, Hasenstein & Vogler L. G.
G. J. Danke & Co., Invalidenamt.

Berantwortlich für den
Inseratenhöhl:
J. Klugkist
in Posen.

Inserate, die sechsgesetzte Verteilung oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagsauflage 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für den
Mittagsauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Amtliches.

Berlin, 26. Jan. Der Kaiser hat dem kaiserl. Sanitätsrath Dr. Meinel in Meß den Charakter als kaiserl. Geh. Sanitätsrath und den Kreisärzten Dr. Wöhrlin in Straßburg, Dr. Picard in Gebweiler, Dr. Asperius in Meß und Dr. Pawollek in Bolchen den Charakter als kaiserl. Sanitäts-Rath verliehen.

Der König hat dem Direktor der Domänen-Abtheilung des Ministeriums für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Dr. Michlich den Charakter als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Prädikat Exzellenz verliehen und den Geh. Regierungs-Rath Dr. Dohme zu Berlin zum Ersten ständigen Sekretär der Akademie der Künste ernannt.

Der König hat ferner dem in seiner Privatsanzlei als Erster Sekretär und Schatz-Hendant angestellten Hofrath Grimm den Charakter als Geh. Hofrath und dem Kanzlei-Rath Voettcher im Ministerium für Handel und Gewerbe den Charakter als Geh. Kanzlei-Rath verliehen.

Deutschland.

Berlin, 26. Januar.

Als einer der gefährlichsten Gegner der Militärvorlage erweist sich Fürst Bismarck. Es vergeht fast kein Tag, an welchem er nicht in den „Hamb. Nachr.“ oder in der Münchener „Allg. Ztg.“ seine Pfeile gegen die Regierung abschießt. In der neuesten Nummer seines Hamburger Organs wendet er sich unter der Überschrift: „Einschüchterung und Beunruhigung“ wie folgt gegen die „militärischen Mitarbeiter“ der offiziösen Blätter:

Die Zeitungen, die sich dazu hergeben, Geipenster in ihren Spalten zwecks Durchdringung der Militärvorlage auftauchen zu lassen, mögen ihre Gründe dazu haben, noch mehr wird dies bei den eigentlichen Herstellern dieser militärischen Artikel der Fall sein. Es sind darunter ohne Zweifel Persönlichkeiten, welche in ihrem Verhältniß dienstlich zu derartigen Veröffentlichungen angewiesen werden können, und solche, welche eine Sperre amtlicher Nachrichten befürchten müssen, wenn sie nicht sacrificium intellectus leisten; aber es gibt unter ihnen ohne Zweifel auch Leute anderer Schlages. Wir sind weit entfernt anzunehmen, daß die geheimen Fonds, welche an Stelle des Welfenfonds getreten sind, auf Stimmungsmache für die Militärvorlage verwendet werden, aber ein anderes System als das der Spekulation einerseits auf die Furcht vor unbefestigten Drohungen und Nachtheilen, sowie andererseits auf den Mangel an Bedürfnislosigkeit nach irgend einer Richtung hin kann unseres Erachtens bei dem Umfang und der Vielseitigkeit, womit die Einschüchterungen zu Gunsten der Militärvorlage erfolgen, kaum als möglich betrachtet werden. Wir wollen uns hier auf Details nicht einlassen, aber wir sehen mit Sorge der Entwicklung entgegen, wenn in Folge dieser Bearbeitung der öffentlichen Meinung und der Fraktionsstreiterei die Militärvorlage, so wie sie eingebracht ist, oder mit nicht genügenden Abänderungen zur Annahme gelangt. Die Gefahr ist um so größer, weil die Probe auf die Nichtigkeit des Exempels erst dann möglich sein wird, wenn die Remedy es nicht mehr ist.“

Die „Leipz. Ztg.“, die nachdrücklicher als andere konservative Blätter in die antisemitische Trompete zu stoßen liebte, hat seit dem konservativen Parteitag auf Tivoli eine merkwürdige Schwenkung vollzogen. Da sie zugleich amtliches Organ der sächsischen Regierung ist, so liegt es nicht fern, zugleich an eine Schwenkung der sächsischen Regierung zu denken, der allmählich vor den antisemitischen Geistern bange wird. Heute widmet die „Leipz. Ztg.“ den Antisemiten folgende Bemerkungen:

„Wo bleibet die Herren Antisemiten? Fünf Tage geht nunmehr die Reichstagsdebatte über Börsensteuer, Abzahlgänge, Geschäfte und Bücher, und noch keiner der Herren hat bisher Zeit gefunden, sich an der Erörterung dieser Fragen zu betheiligen. In Volksversammlungen und Parteidankgebungen wissen sie kaum etwas anderes zu reden, und jetzt, wo es ernst damit wird, wo man vom Schlagwort zur praktischen Arbeit übergehen im Begriff steht, glänzen sie durch Schweigen und überlassen die Aufgabe, etwas brauchbares durch Schreiben und überlassen die Aufgabe, etwas brauchbares zu schaffen, Anderen. Wenn das etwas anderes als Demagogentum niedriger Ordnung sein soll, dann wissen wir nicht, was Demagogie ist.“

Das konservative Organ hat gewiß recht, von einem „Demagogentum niedriger Ordnung“ bei den Antisemiten zu reden. Aber, bemerkt mit Recht die „Pos. Ztg.“, die Konservativen haben kaum einen Grund, sich darüber zu entrüsten, nachdem Herr Ulrich aus Chemnitz auf dem konservativen Parteitag gleichfalls ein demagogisches Vorgehen unter lebhaftem Beifall der Versammlung empfohlen hat.

In der Wählerversammlung in Liegnitz, in welcher sich der antisemitische Kandidat, Rechtsanwalt Hertwig, vorgestellt hat, erklärte der Vorsitzende, Rechtsanwalt Gröger aus Schwedt, der zugleich Vorsitzender der deutschsozialen Partei ist, daß das Ziel der Antisemiten sein müsse, Nationalsozialen, Deutschfreisinnige und Sozialdemokraten hinweg zu schwemmen. Welcher Art die Rede des Herrn Hertwig ist, kann man aus folgendem Satz, den das „Liegnitz. Tagebl.“ nach dem stenographischen Bericht mitteilt, ersehen: „Wir verlangen geheimes Wahlrecht auch für den Landtag. Es ist bemerkenswert, daß die freisinnige Partei entschlossen war, es preiszugeben.“ Das Gegenthell ist die Wahrheit. Die freisinnige Partei hat sich immer für geheimes gleiches Wahlrecht auch für den Landtag ausgesprochen. Die Freunde der Antisemiten aber, die Konservativen, haben immer gegen das geheime Wahlrecht gekämpft.

— Abg. v. Benninghausen in Hannover ist dort an Bronchitis erkrankt und hat, da sein Verfinden sich verschlimmert, die ursprünglich auf Montag, dann auf Dienstag in Aussicht genommene Reise nach Berlin verschieben müssen.

Sprottau, 25. Jan. Der „Bresl. Ztg.“ wird von hier berichtet: Den wichtigsten Gegenstand der heutigen Sitzung der Stadtverordneten bildete die Bechlussfassung über Verbehaltnisse des Realgymnasiums oder Umwandlung des selben in eine andere höhere Lehranstalt. Die Versammlung beschloß: a. die Gehälter der an der höheren Lehranstalt amttrenden Lehrer sind nach dem Grundzage der Dienstalterszulagen zu zahlen; b. das Schulgeld beträgt für eine Vollanstalt oder eine vollberechtigte Anstalt jährlich 120 M.; c. die Wittwen- und Waisengeldbezüge sind in der erforderlichen Höhe in den Etat einzustellen; d. das Realgymnasium wird als solches beibehalten, wenn der Staat einen jährlichen Zuschuß von 11 016 M., nämlich 6000 M. zu den Gehältern nach dem System der Dienstalterszulagen, 3856 M. zu Wohnungsgeldzuschüssen und 1160 M. Beitrag für den Rentenfonds zahlt; e. das Realgymnasium wird in ein Progymnasium mit fakultativem Englisch umgewandelt, wenn der Staat nur 7160 M. Zuschuß gewährt. Die Stadt Sprottau ist nicht im Stande, mehr als bisher Zuschuß für eine höhere Lehranstalt zu leisten. Jetzt beträgt derselbe bereits 29 000 M. Die Summe muß steigen, welche in diesem Jahre 135 Proz. beträgt, wird nach einer heut gewordenen Mitteilung eine Steigerung um 90 Proz. erfahren. Von einer Umwandlung des Realgymnasiums in eine Realschule glaubt die Versammlung absehen zu müssen, weil nach Lage der Verhältnisse diese Schule die geringste Frequenz haben dürfte.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 26. Jan. Die Reichstagskommission für die lex Heinze berieb heute den neu vorgeschlagenen § 181 des Strafgelebuchs, welcher eine verschärzte Strafe für gewisse Fälle der Kuppelei (Buchthaus bis zu fünf Jahren) androht. Nach langer Debatte wurde der Paragraph mit einem Antrage des Abg. Dr. Fleischel (natl.) angenommen, wonach, wenn milde Umstände vorhanden sind, in dem Falle, daß der Schuldbige zu der verkuippten Person in dem Verhältniß des Ehemanns zur Ehefrau, von Eltern zu Kindern u. s. w. steht, statt auf Buchthaus auf Gefängnis erkannt werden kann.

L. C. Berlin, 26. Januar. Den Bezug englischer Kohlen für die Kriegsmarine brachte Abg. Möller in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags noch einmal zur Sprache. Die Differenz bei Annahme der billigeren zweiten Offerten der inländischen Zechen hätte nicht 90 000 M., sondern nur 66 000 M. betragen. Durch den Bezug englischer Kohle seien der Eisenbahnfiskus und die Arbeiter geschädigt; letztere durch Nichtzahlung von 100 000 Mark Lohn (haben die Arbeiter deshalb gestreikt?). Das Verfahren der Marineverwaltung sei rein „bureaucratisch“. Obwohl sie gewußt, daß die Kohlen nur an einer Stelle verkauft wurden, habe sie ein Submissionsverfahren beliebt; das konnte nicht zum Ziele führen. Sie hätte eine Verständigung mit der Verkaufsstelle suchen sollen. G. R. Rath Dannenhol erwähnt: Mit Breuer, dem Verkäufer der westfälischen Kohlen habe die Marineverwaltung nicht immer gute Erfahrungen gemacht; sie sei genötigt gewesen, Konventionalstrafen zu verhängen. Die Marineverwaltung wolle sich von Breuer losmachen. Die Zechen dagegen wollten eine Kraftprobe der Marineverwaltung gegenüber machen. Abg. Richter ist der Ansicht, daß die Marineverwaltung sehr mühvoll vorgegangen sei; sie hätte die Nachofferten bei der Submission gar nicht berücksichtigen sollen. Die Verwaltung müsse verlangen, daß die Preise anders festgestellt würden, als durch bloße Anfrage bei den Zechen. Die Rechnung des Abg. Möller bezüglich der Schädigung der Arbeiter sei ganz hinfällig. Wolle man darauf Rücksicht nehmen, so komme man zu Rückschlüssen des Staats an einzelne Betriebe. Was hier an einer Seite erwartet, werde an anderer Seite wieder ausgegeben, komme also doch den Arbeitern zu Gute. Abg. Richter beantragt folgende Resolution: Die Kommission wolle beantragen, der Reichstag wolle beschließen, zu erklären, daß die Marineverwaltung bei dem in der übergebenen Denkschrift geschilderten Bezug von Kohlen: den gebotenen finanziellen und wirtschaftlichen Rücksichten entsprechend gehandelt habe. Abg. Möller bekämpft den Antrag. Abg. Fritzen (Referent) billigt das Verhalten der Marineverwaltung. Ein dauernder Verlust der Zechen sei nicht vorhanden, weil die Kohlen ohne Unterbrechung gefördert werden; was also nicht nach Ablauf ging, ging anders wohin. Abg. Hammacher meint, die einfachen Gesetze der wirtschaftlichen Logik seien in diesen Dingen nicht entscheidend; er beklage, daß die Marineverwaltung durch ihr Vorgehen die inländische Arbeit geschädigt habe. Der Heizer auf den Kriegsschiffen müsse in dem Gebrauch der deutschen Kohle eingebüttet sein, da er dieselbe im Kriegsschiffe verwenden müsse. Breuer sei kein Kohlenhändler, sondern Vertreter bestimmter Zechen. Die für westfälische Kohlen geforderten Preise hätten nicht die Einstandsosten gedeckt. Der Unterschied in dem Preise der englischen und der westfälischen Kohle liege in der Fracht, die bei erster 5 M., bei letzter 8,41 M. betrage. Im September hätten die westfälischen Zechen auch niedrigere Preise gefordert. Staatssekretär Hollmann hält es für richtig, daß die Marine nicht ausschließlich westfälische Kohlen brenne; sowie die Schiffe hinauskommen, müssen sie Kohlen aus der ganzen Welt verwenden. Im nächsten Jahre würde eine Verständigung mit den Zechen erreicht werden. Abg. Richter meint, das würde der Fall sein, wenn die Zechen klüger geworden wären; andernfalls müsse die Marineverwaltung ebenso handeln wie jetzt. Eine fünftägige Vergrößerung der Kohlenproduktion von Reichs wegen sei nicht zu befürworten. Darauf wird die Resolution Richter mit 19 gegen 2 Stimmen angenommen. Gegen die Resolution stimmen die Abg. Möller und Hammacher.

Frankreich.

* Paris, 26. Jan. Die Deputirtenkammer begann heute die Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern.

Millevoye wies auf die nationale Gefahr hin, die aus der Organisation und Thätigkeit gewisser Nachrichten-Agenturen in Frankreich erwachse. Man habe in eine Skandalaffaire den Namen eines der Botschafter hineingezogen, der sich der höchsten Achtung und des größten Vertrauens erfreue, und einem fremden Herrscher, dessen Wohlglück und Willigkeit bekannt sei, eine Handlungswise zugeschrieben, die eine Beschimpfung des Vertreters Frankreichs bedeutet haben würde. Man stelle Frankreich als ein Hindernis für den Weltfrieden hin. Die Regierung habe bereits einen Beweis ihrer Kraft gegenüber gewissen Nachrichten-Agenturen gegeben, die zu gleicher Zeit politische Agenturen seien. Es sei nötig, diese energische Haltung auch ferner zu bewahren. (Beifall.) Es sei noch eine formliche dem Lande feindliche Organisation vorhanden. Man wisse, wer dem „Figaro“ die Depesche zugestellt habe, wonach der Kaiser von Österreich den französischen Botschafter beleidigt haben sollte. Es sei eine englische Agentur, die „Agence Dalziel“ aus London, von der das durch Bercher geleitete Zweigbüro in Paris abhängig sei, dasselbe sei durch einen Kontakt gebunden, welcher seine ganze Bewegungs-freiheit nach verschiedenen Richtungen hin aufzebe. Ein solches System sei gefährlich. Alle Regierungen wären darauf bedacht gewesen, den Nachrichten-Agenturen ihres Landes einen nationalen Charakter zu geben. Die methodische Verbreitung einer falschen Nachricht könne schweres Unheil anrichten, das nicht wieder gut zu machen sei. Die Urheber der kurzlich verbreiteten falschen Gerüchte hätten bei ihrem Treiben auf den leicht erregbaren Charakter des französischen Volkes gerechnet. Wenn Ausländer nach Frankreich kämen, um Verleumdungen auszustreuen, dann müsse man ihnen klar machen, daß Frankreich, wenn es das klassische Land der Freiheit sei, es dennoch ablehnen müsse, der Schmähsucht eine Zuflucht zu gewähren. Der Ministerpräsident Ribot erklärte, es verursache ihm keinerlei Verlegenheit, Millevoye auf seine Anfrage zu erwiedern, daß man den Botschafter einer befriedeten Macht beleidigt habe. Die Regierung könne es nicht dulden, daß man läugnerische Gerüchte über die Haltung eines auswärtigen Souveräns verbreite. Der Korrespondent, welcher die gedachten Verleumdungen verbreitet habe, sei ausgewiesen worden, die gleichen Maßregeln seien auch gegen zwei andere auswärtige Korrespondenten getroffen worden. (Beifall.) Ribot fügte hinzu, die Regierung habe mit der ihr obliegenden Schnelligkeit den Botschafter Russlands geschützt und werde alle ausländischen Vertreter schützen. Es sei richtig, daß es ein Land gebe, wohin die Nachrichten aus Frankreich nur durch ausländische Agenten gelangen und von dem aus ebenso auch Nachrichten nach Frankreich gelangen. Die Regierung werde auch nach dieser Seite hin wachsam sein und die ganze ihr zustehende Macht in ähnlichen Fällen den auswärtigen Korrespondenten gegenüber zur Geltung bringen. Was die Frage betrifft, der Nachrichten-Agenturen angehe, so sei die Aufmerksamkeit der Regierung darauf hingelenkt. Die Regierung werde die Frage erwägen, bevor sie handle, dann aber ihre Pflicht thun. (Lebhafte Beifall.) Flourens hob hervor, die öffentliche Meinung in Frankreich sei lebhaft erregt worden durch die jüngsten gegen mehrere in Paris beglaubigte Botschafter gerichteten Verleumdungen, insbesondere durch die Verleumdungen des Vertreters einer befriedeten Macht, welcher ununterbrochen an der Festigung der Union zwischen dieser Nation und Frankreich gearbeitet habe. (Beifall.) Es sei dies die Erneuerung der Taktik, welche im Jahre 1870 von Erfolg gewesen sei. Der Schlag sei von einer sehr niedrigen Stelle geführt worden, der selbe sei aber nicht weniger hinterlistig und verbrecherisch. Flourens wies ferner darauf hin, in welcher Weise die in Rede stehende Nachricht des Budapesti Hirlav' dem „Figaro“ zugetragen und sofort in allen Blättern der dem Dreibund angehörigen Nationen wiedergegeben worden sei. Dies sei auf Grund eines Einvernehmens geschehen. Es sei stets das gleiche Vorgeben, dessen Ziel klar und leicht erkennbar sei. Man wolle eben die zwischen Frankreich und Russland bestehenden Beziehungen brechen. (Beifall.) Die Kammer und die Regierung hätten nicht das Recht, ein solches Vorgehen unbeachtet zu lassen. Einzelne Persönlichkeiten seien zwar getroffen worden, allein das sei nicht ausreichend; Frankreich müsse der Wiederkehr solcher Vorfälle vorbeugen, es müsse sich gegen die Gefahren wahren, welche aus der Thätigkeit der ausländischen Nachrichten-Agenturen erwachsen. (Beifall.) Nachdem noch Prinz Arsenberg und Millerand gesprochen hatten, gilt der Zwischenfall geschlossen.

Locales.

Posen, 27. Januar.

p. Kaisers Geburtstag. Nachdem heute Vormittag um 10 Uhr in den beiden Garnisonkirchen ein feierlicher Gottesdienst, dem außer den Offizieren auch Mannschaften von sämtlichen hier garnisonirenden Truppenteilen beteiligt, abgehalten worden war, fand gleich nach 11 Uhr große Paroleausgabe statt, bei welcher das ganze heilige Offizierkorps anwesend war. Bei derselben brachte der kommandirende General v. Seest das Hoch auf den Kaiser aus, und in demselben Augenblick donnerte von der Nebungsbatterie beim Mühlentor der erste Salutschuß. Dort waren diesesmal sechs 15 Stm.-Geschütze, mit ihren Mündungen nach der Stadt zu gerichtet, aufgestellt, während bisher nur Kanonen bis 9 cm Kaliber bei dieser Gelegenheit benutzt wurden. Der Luftdruck war dem auch so stark, daß die Wirkungen derselben sich in den nahen Artillerietäfern verschiedentlich bemerkbar machen. So wurde dort ein Mantel, der auf dem Hof an einem starken Nagel hing, mit einem zusammen fortgeschleudert. Die einzelnen Schüsse waren in Folge dessen, zumal die Windrichtung äußerst günstig war, bis in die entferntesten Stadttheile zu hören.

p. Faß erstickt wäre in der vorletzten Nacht ein Schuhmacher in seiner Wohnung auf der Wallstraße, wenn nicht glücklicher Weise zur rechten Zeit Hilfe gekommen wäre. Derselbe war, um sein Zimmer zu erwärmen, so leichtsinnig gewesen, einen Kofesorb mit

